

GASTKOMMENTARE

WAHLPFLICHT AUCH IN DEUTSCHLAND?

Eine Frage der Moral

PRO



Detlef Drewes
Freier Journalist,
Brüssel

Kann man wirklich noch von Demokratie sprechen, wenn nur 70,8 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben – wie bei der zurückliegenden Bundestagswahl? Oder sogar nur 43,3 Prozent – wie bei der letzten Europa-Wahl 2009? Damit reichen nämlich in Deutschland 35,5 Prozent der Wahlberechtigten für eine Mehrheit im Parlament, im Fall Europas sogar nur 21,7 Prozent. Die Demokratie bekommt ein Legitimationsproblem. In Ländern mit Wahlpflicht liegt die Beteiligung deutlich höher. Sogar dort, wo wie in Belgien (rund 92 Prozent gehen dort zur Urne) die ausgesetzten Strafen (50 Euro beim ersten Fernbleiben, anschließend wird die Geldbuße erhöht) nur selten vollstreckt werden. Argumente der Nichtwähler wie „Ich weiß nicht, wem ich meine Stimme geben soll“ ist nicht nur auf dem Papier. Es gibt sie wirklich. Weil ohne Legitimation durch den Bürger keine Regierung wirklich tun kann, was der Wille des Volkes ist. Das gilt von der europäischen über die Bundes- und Landesebene bis zur Kommune. Die Einwände der Gegner einer Wahlpflicht lassen sich leicht aus der Welt schaffen – etwa indem die Wahlunterlagen schon mit der Benachrichtigung verschickt werden. Belgien hat dies schon längst gemacht. Die Parteien können sich millionenteure Kampagnen zur Mobilisierung potenzieller Anhänger weitgehend sparen, weil die Menschen ohnehin ihre Stimme abgeben müssen.

Die Demokratie lebt

CONTRA



Eckart Lohse
„Frankfurter Allgemeine
Sonntagszeitung“

In Deutschland lag die Wahlbeteiligung bei der jüngsten Bundestagswahl noch bei gut 70 Prozent. Das ist mit Abstand niedrigste Wert seit 1949. Die Zahl derjenigen Bürger, die an der Wahl teilnehmen, geht zurück. Kontinuierlich. Ist die Bundesrepublik deswegen eine schlecht funktionierende Demokratie? Muss gar über eine Wahlpflicht nachgedacht werden? Zweimal nein. Die Demokratie in Deutschland funktioniert gut und ist höchst lebendig. Innerhalb weniger Jahre sind zwei neue Parteien entstanden, die Piraten und die Alternative für Deutschland (AfD). Die Gründung der Partei Die Linke lag da noch nicht lange zurück. Die Piraten sind schon in Landtage eingezogen, und die Demoskopen halten es nicht für ausgeschlossen, dass die AfD den Sprung in den Bundestag schafft. Das zeugt vom Interesse der Menschen an der Politik. Nämliches gilt für ein Millionenpublikum, das sich an einem Sonntagabend vor den Fernsehern setzt, um Kanzlerin Angela Merkel und Herausforderer Peer Steinbrück bei ihrem Schlagabtausch zuzusehen. Dass die Wahlbeteiligung dennoch gering ist, dürfte vielmehr damit zu tun haben, dass Deutschland sich in einer stabilen und politisch ruhigen Lage befindet. Da bleibt mancher am Wahltag zuhause, weil er sich wenig Sorgen um das Land macht. In den 1970er Jahren, als der Terror Deutschland im Innersten erschütterte und die Gesellschaft hoch politisiert war, lag die Wahlbeteiligung bei mehr als 90 Prozent. Sollte eine ähnliche Situation wieder entstehen, werden wieder mehr Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Solange eine Demokratie so gut funktioniert, sind Gedanken an eine organisatorisch und rechtlich schwierige Wahlpflicht überflüssig.

Mehr zum Thema auf Seite 6.
Kontakt: gastauto.das-parlament@bundesrat.de

Sie haben für Ihre Dokumentation fünf Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen ein Jahr im Arbeitsalltag begleitet. Was treibt diese fünf an, gibt es da einen gemeinsamen Nenner? Auffällig war zunächst einmal, dass sie auf ganz unterschiedlichen Wegen in die Politik gegangen sind. Einer hat die klassische Politikerkarriere gemacht, ist schon in früher Jugend in die Partei eingetreten und hat sich Schritt für Schritt nach oben gearbeitet. Andere sind mehr oder weniger Quereinsteiger, die aus einem gesellschaftlichen Engagement heraus in die Berufspolitik gekommen sind – mit ganz unterschiedlicher Motivation.

Was hat Sie bei Ihrer Langzeitbeobachtung im Parlamentsviertel am meisten überrascht? Dass das Parlament vielfältiger und bunter ist, als man häufig annimmt. Gar nicht so typisch, wie man sich das schon vom äußeren Erscheinungsbild her bei Abgeordneten denkt: Schlupfträger und Kostümträger. Das ist nicht so. Gerade bei den fünf Porträtierten zeigt sich das auch. Es gibt den eher Unscheinbaren, wie das ein Abgeordneter auch selbst von sich sagt: es gibt den Exoten und Quereinsteiger mit einem Lebenslauf abseits einer klassischen Parteilkarriere. Diese Bandbreite unter den Parlamentariern hätte ich nicht vermutet, ich dachte, das wäre viel einformiger und eindimensionaler. Bemerkenswert waren für mich aber auch die Kleinertigkeit und Detailliertheit, mit der sie sich in ihr Fachgebiet einarbeiten, der Arbeitsaufwand, die Termindichte.

Ihre Dokumentation nimmt sich das, was die Porträtierten offenbar kaum haben: viel Zeit. Hatten Sie den Eindruck, dass weniger Zeitdruck hilfreich wäre bei wichtigen politischen Entscheidungen? Das scheint mir so. Die Abgeordneten sprechen im Film ja auch von „Hochtourigkeit“ oder vom „Hamsterrad“. Die Zeit, einmal in Ruhe etwas zu durchdenken und zu entwickeln, ist knapp. Durch tagesaktuelle Aufgaben fällt da eine Menge an Kreativität, an intellektueller Gestaltung hinten runter, scheint mir.

Sie arbeiten mit fast statischen Bildern: Viele Architekturmotive, Beton und Glas als Kulisse, die Abgeordneten bei Besprechungen mit ihren Mitarbeitern, in Arbeitsgruppen, beim Telefonieren. Vermittelt wird eine nüchterne Arbeitsatmosphäre, ein geräuschloser und eingespielter parlamentarischer Betrieb. Wie passen diese Bilder zur Atemlosigkeit des politischen Berlins in den Nachrichten? Das passt natürlich nicht zusammen. Und es war ja genau der Ansatz unseres Filmprojekts. Wir wollten uns ganz bewusst auch in unserer Bildsprache vom aufgeregten medialen Bilden absetzen. Auch um den Protagonisten das Gefühl zu geben, wir machen hier etwas anderes als einen anderthalb-Minuten-Beitrag für die Abendnachrichten.

Der scheidende Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat eine Lesung über die Demokratie ausgedrückt: Sie verlangt unendlich viel Geduld, sei aber Voraussetzung dafür, dass Sachverstand und Interessenausgleich eine Chance haben. Wie haben Sie den Arbeitsalltag wahrgenommen? Entschieden unter extrem hoher Schlagzahl oder eher das sprichwörtliche Bohren dicker Bretter? Wir hatten häufig den Eindruck, dass sich in der Bundestagswelt vieles um sich selbst dreht – was übrigens in einer Großorganisation oder einem Großunternehmen nicht anders wäre. Zum Beispiel das Durcharbeiten dieser gigantischen Papierarbeit in den Büros der Abgeordneten. Man kommt mit dem Blick von außen nicht sofort unter die Haut. Was ist Abarbeiten tagesaktueller Problematik, was sind Anträge, Anfragen, Gesetzentwürfe anderer Fachgebiete und

»Sie tun das schon ihr Bestes«

SIEGFRIED RESSEL Der Dokumentarfilmer hat fünf Abgeordnete ein Jahr lang begleitet – und einige Überraschungen erlebt



was gehört zur politischen Gestaltung im eigenen Fachgebiet. Natürlich erlebt man auch das sprichwörtliche Bohren dicker Bretter. Einer der Abgeordneten sagt im Film, dass man einen langen Atem haben muss, an Themen auch dann beharrlich dranbleiben sollte, wenn sie bereits wieder aus dem Fokus von Medien und Öffentlichkeit verschwunden sind. Ich glaube, gerade hinter dieser Kleinertigkeit verbirgt sich ein Gestaltungsspielraum. Ingridmann kommt der Punkt, wo man sagt: Hier ist meine Idee, ich habe lange daran gearbeitet, ich kann ei-

wie wir bei einem Landesparteitag mit der Kamera begleitet haben. Dort wurde über die Listenplätze für die Bundestagswahl entschieden. Der Druck auf die Bewerber schien mir immens.

Was halten Sie von dem Vorwurf, es gehe in der Politik nicht mehr um die ganz großen Richtungsentscheidungen, es fehle die Unterscheidbarkeit zwischen den Parteien?

Ich bin politisch erwachsen geworden in den 1970er Jahren mit all ihren großen Richtungskämpfen und scharfen Auseinandersetzungen. Daran gemessen kann man im aktuellen Wahlkampf durchaus die Zuspitzen, die scharfe Kontur vermissen.

Ist dies die Kehrseite der sachorientierten und kleinteiligen Arbeit, auf die Sie in Ihrer Dokumentation immer wieder zurückkommen?

Ja, das ist wohl so. Wir hätten im Film gern mehr von der Langwierigkeit und Langatmigkeit gezeigt, die Gremiensitzungen eben auch bedeuten. Das Bedürfnis nach Konsens ist stark ausgeprägt, in den Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen der Fraktionen sowieso. Ein sachlicher und auch freundlicher Ton herrscht aber auch über die Fraktionsgrenzen hinweg. Und das geht natürlich zu Lasten der Schärfe und der Kontur.

Sie zeigen Abgeordnete auch als Köpfe im Wahlkreis. Wie wichtig ist dieser Teil ihrer Arbeit?

Sie haben gar keine Chance, denn zu entgegen. Auch das war neu für mich, dass Parlamentarier teilweise als Sozialarbeiter wahrgenommen werden. Menschen konfrontieren sie im Wahlkreis mit ihrem ganz persönlichen Problem – mit der Bitte, dass der Abgeordnete der ja kein Streetworker ist, das Kraft seines Amtes aus der Welt schafft. Alle fünf Porträtierten nehmen solche Anliegen sehr ernst und gehen ihnen auch nach, auch wenn es nicht immer eine Lösung gibt. Aber sie tun das schon ihr Bestes.

Wie gehen Abgeordnete mit Desinteresse und Verdross, mit Politikbeschimpfungen um?

Das trifft sie. Die fünf Abgeordneten in unserem Film legen ein enormes Arbeitspensum hin – immer mit Blick auf die öffentlichen Belange. Wenn sie dann dafür mit Ignoranz und Aggression abgestraft werden, ist in meinen Augen nicht fair. Da stimmt auch etwas in unserer Gesellschaft nicht, das muss man ganz klar sagen.

Nach einem Jahr Langzeitbeobachtung im Parlament: Könten Sie sich vorstellen, Abgeordneter zu sein?

Den Druck, den man ausstrahlen können und die Hartnäckigkeit, die man haben muss, um dieses Amt wirklich befriedigend ausführen zu können, das wäre nichts für mich. Das war übrigens auch die Ausgangsfrage des Filmprojekts: Würdest Du Dir selber zutrauen, diesen Job zu machen? Mit dieser Neugier, mit dieser offenen Fragestellung sind wir in meinen Film gegangen. Und ich muss am Ende sagen: Nein, also ich würde mir das nicht zutrauen.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Siegfried Ressel ist Dokumentarfilmer und Autor. Für seine 3sat-Dokumentation „Volkstreiber – Abgeordnet in ihrem Arbeitsalltag“ begleitete er fünf Parlamentarier aller Fraktionen ein Jahr lang in ihrem Arbeitsalltag. Der Film ist in der 3sat-Mediathek abrufbar (www.3sat.de/mediathek).



Wahlführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unseren E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Komplizierte Rechtsfragen: Der Wahlprüfungsausschuss

Öffnet ein Bleistift in der Wahlkabine Manipulationen Tür und Tor? Verzerren fingierte Prognosen im Internet noch vor Ablauf der Wahl um 18 Uhr das Abstimmungsergebnis? Und was ist eigentlich, wenn sich im Wahlkabin, weil es zum Beispiel in der Kreisparkkasse befindet, eine Kamera befindet? Um solche Fragen drehen sich nur drei der insgesamt 163 Einsprüche gegen die Bundestagswahl 2009, mit denen sich der Wahlprüfungsausschuss des Bundestages in dieser Legislaturperiode beschäftigt hat. Die Aufgabe des heute neunköpfigen Ausschusses, der in jeder Legislaturperiode direkt von Plenum neu gewählt wird und nicht mit dem größeren und nur zum Teil personenidentischen Geschäftsordnungsausschuss zu verwechseln ist: Prüfen, ob die Bundestagswahl oder bei der Wahl der deutschen Mitglieder des Europäischen Parlaments alles mit rechten Dingen zugeht. Jeder Wahlberechtigter kann innerhalb von zwei Monaten Einspruch gegen die Wahl einlegen und so Vorbereitung und Durchführung der Wahl oder die Stimmenauszahlung auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen lassen. „Viele Wahlprüfsprüche betreffen komplizierte Fragestellungen, und wir müssen alle mit großer Sorgfalt prüfen“, erklärt der Ausschussvorsitzende Thomas Strobl (CDU). Dazu gehören auch, die Einsprüche der Bürger an den jeweiligen Kreis- und Landeswahlleiter oder den Bundeswahlleiter für eine Stellungnahme zu senden. Diese werden dann an den jeweiligen Beschwerdeführer übersandt, um ihm Gelegenheit zur Gegenäußerung zu geben. „Ein zeitnaufwendiges Verfahren“, gibt Strobl zu. Aber ein notwendiges.

Keiner der Wahlprüfsprüche zur letzten Bundestagswahl war übrigens erfolgreich. „In keinem Fall konnte ein Rechtsverstoß bei der Vorbereitung oder Durchführung der Bundestagswahl festgestellt werden, der sich auch auf die Sitzverteilung im Bundestag auswirken würde.“ Beides zusammen wäre Voraussetzung dafür gewesen, die Wahl für ungültig zu erklären, erklärte der Ausschuss nach Abschluss aller Prüfungen.

»Wir müssen alle Wahlprüfsprüche mit großer Sorgfalt prüfen.« Ausschussvorsitzender Thomas Strobl (CDU)

Allerdings können einige der Einsprüche mögliche Schwachstellen beim Wahlrecht oder seiner Anwendung aufzeigen, auf die der Ausschuss mit Empfehlungen – sogenannten Prüfbitten – reagieren kann. Und genau das ist in der jetzt ablaufenden Wahlperiode auch geschehen. So hat der Bundestag die Bundesregierung auf eine einstimmige Empfehlung des Ausschusses gebeten, zu prüfen, ob der Rechtsschutz für nicht zur Wahl zugelassene politische Vereinigungen verbessert werden kann. Eine ganze Reihe von Einsprüchen kam nach der Wahl 2009 von Parteien und Gruppierungen, deren Landeslisten nicht zugelassen

wurden oder die aufgrund der fehlenden Parteieigenschaft gar nicht an der Wahl teilnehmen konnten. Damals bestand noch nicht die Möglichkeit, gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses bereits vor der Wahl Rechtsmittel einzulegen. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hatte das in ihrem Bericht zur Beobachtung der Bundestagswahl 2009 kritisiert.

Im Frühjahr 2012 stimmte der Bundestag für einen gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen „zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen“. Damit können nunmehr Vereinigungen, die vom Bundeswahlprüfungsausschuss nicht als Partei für eine Wahl zugelassen worden sind, noch vor dieser Wahl Beschwerde beim Bundestag einbringen. Zwei Vereinigungen machten im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl von diesem neuen Recht Gebrauch: Elf Beschwerden lehnten die Karlsruhe Richter im Juli ab; eine Vereinigung schaffte es über den Umweg nach Karlsruhe am Ende doch noch auf die Wahlzettel.

Für die Abgeordneten bedeutet die Wahlprüfung mitunter Auseinandersetzung mit schwierigen Rechtsfragen. Es ist wohl kein Zufall, dass sechs der Mitglieder einen juristischen Hintergrund haben, als Anwältin und Notare tätig waren. Doch Voraussetzung für die Mitarbeit im Ausschuss ist ein Jurastudium natürlich nicht. „Als Abgeordnete sind wir Repräsentanten des Volkes, und das besteht – Gott sei Dank – auch nicht nur aus Juristen“, sagt der Ausschussvorsitzende Strobl. Sandra Schmid/Alexander Heinrich

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortliche Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(siehe Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 273 95 15,
Telefax (0 30) 2 273 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundesrat.de
Chefredakteur
Jörg Bühlis (BfL)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (BfL)
Claudia Heine (die)
Alexander Heinrich (abst), stellv. GfO
Michael Klein (mkf)
Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (krk), GfO
Hans-Jürgen Leersch (BfL)
Annette Sach (abst)
Helmut Storzmann (sto)
Alexandra Weisbach (aw)

Abonnement
Jahresabonnement € 28,90 € für
Schüler, Studenten (Nachweis erforderlich) 13,90 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
Neu-Angeborene kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Urheberrechte können Kopien
in Klarschrift angefordert werden.
„Das Parlament“ ist ein Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Fortentwicklung
der Verbreitung von
Werbemitteln e.V. (DWV)
Für die Herstellung der Wochenschrift
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.

Fotos
Stephan Roters
Redaktionschluss
13. September 2013